



 **#GemeinsamGegenArmut** 

Landesarmutskonferenz Sachsen-Anhalt

Diskussionspapier

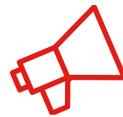


armutskonferenz.org

Bei Fragen oder wenn Sie
der LAK beitreten möchten:



Kontakt Organisationsteam
team@armutskonferenz.org



Inhaltsverzeichnis

4–5 **Warum eine Landesarmutskonferenz Sachsen-Anhalt?**

6–7 **Was ist Armut?**

Armut in Sachsen-Anhalt betrifft alle Altersgruppen

8–11 **Vorschläge zur Armutsprävention und -bekämpfung in Sachsen-Anhalt**

12–15 **Denkgruppe 1**

„Soziale Gerechtigkeit und soziale Sicherung – in allen Lebenslagen“

16–19 **Denkgruppe 2**

„Verhinderung von gesamtgesellschaftlicher Benachteiligung – gleiche Teilhabechancen für alle Kinder“

20–23 **Denkgruppe 3**

„Einkommen muss zum Leben reichen – Arm im Alter: eine Folge instabiler Einkommensbiografien in Sachsen-Anhalt“

24–25 **Quellenverzeichnis**

Organisationsteam



Steffi Schünemann,
Vorständin Verband und Sozialpolitik



Manuela Knabe-Ostheeren,
Referentin Grundsatzfragen



Katja Fischer
Stellvertreterin des Landesgeschäftsführers



Landesverband
Sachsen-Anhalt e. V.



DRK Landesverband
Sachsen-Anhalt e. V.

Warum eine Landesarmutskonferenz Sachsen-Anhalt?

Insgesamt sind in Sachsen-Anhalt rund 430.000 Menschen von Armut betroffen – und damit jede*r Fünfte. Armut bedeutet, dass betroffene Menschen keine ausreichende soziale Teilhabe in unserer Gesellschaft haben und insbesondere Kindern und Jugendlichen ihre legitimen Ansprüche auf Wohlergehen und Zukunftschancen verwehrt bleiben.

Strukturelle und institutionelle Rahmenbedingungen verursachen Armut und soziale Ungleichheit, diskriminieren und verhindern soziale Mobilität. Sich überlagernde Krisen der letzten Jahre verschärfen soziale Schieflagen. Armut ist ein gesamtgesellschaftliches Problem, wird aber sehr häufig individualisiert.

Armutsbekämpfung ist eine sozialpolitische, arbeitsmarkt- und wirtschaftspolitische Aufgabe. Sozialpolitische Zielstellungen und finanzielles Handeln des Staates müssen die Bekämpfung und Verhinderung von Armut im Fokus haben.

Unter dem Motto **#GemeinsamGegenArmut** handeln wir jetzt!

Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege, Gewerkschaften, Verbände, Vereine, Initiativen, Selbstvertretungen von Armut betroffener Menschen und wissenschaftliche Institutionen aus Sachsen-Anhalt treten mit gebündelter Kompetenz und Kraft für soziale Gerechtigkeit ein und gründen daher gemeinsam die Landesarmutskonferenz Sachsen-Anhalt.

Gemeinsam und konsequent wollen wir einen strukturierten Veränderungsprozess in Sachsen-Anhalt voranbringen! Armut muss als gesamtgesellschaftliches und strukturelles Problem thematisiert, diskutiert und als solches bekämpft werden.



#Gemeinsam

Gründungs



Im ersten Schritt wurden Ziele und Schwerpunkte herausgearbeitet und in themenbezogenen „Denkgruppen“ vertieft.

Im Ergebnis dieses Prozesses entstand die vorliegende erste gemeinsame Analyse, welche die drängendsten Herausforderungen in unserem Land benennt. Sie dient als Diskussionsgrundlage für die dringend benötigte Landesstrategie zur Armutsprävention und -bekämpfung in Sachsen-Anhalt. Wir wollen mit allen Partner*innen das Land und die Lebensbedingungen für die Menschen gestalten. Wichtig ist uns dabei, die Betroffenenperspektive einzubeziehen und die aktive Beteiligung von Armut betroffener Menschen zu stärken.

Wenn wir Armut wirksam bekämpfen wollen, muss soziale Ungleichheit beseitigt werden.

Soziale Ungleichheit gefährdet den sozialen Frieden im gesellschaftlichen Miteinander und gefährdet damit auch unsere Demokratie. Vor wachsenden sozialen und gesellschaftlichen Verwerfungen dürfen wir nicht wegschauen. Benachteiligungen und Ausgrenzung dürfen nicht ignoriert und toleriert werden.



Wir laden alle ein, die an einer **tatsächlichen Verbesserung der Lebenssituation** von Jung und Alt mitwirken und **sozialer Ungleichheit deutlich etwas entgegensetzen** wollen, sich an diesem Prozess zu beteiligen. Sei es mit Erfahrungen aus eigener Betroffenheit, mit Ideen aus der Berufspraxis, in der Rolle als politische*r Entscheidungsträger*in, mit wissenschaftlicher Expertise oder Verbundenheit mit der Idee einer sozial gerechten Gesellschaft, die alle Menschen achtet und Minderheiten schützt.

GegenArmut 

mitglieder



Was ist Armut?

Der vorliegenden Analyse liegt das Konzept der relativen Einkommensarmut zugrunde.

„Nach dem Konzept der relativen Einkommensarmut wird Armut bzw. Armutsgefährdung in Relation zur mittleren Einkommenssituation in der jeweiligen Region definiert.“¹

Nach EU-Definition wird jede Person als einkommensarm beziehungsweise einkommensgefährdet bezeichnet, die mit ihrem Einkommen unter 60 % des mittleren Einkommens liegt.² Gekennzeichnet ist diese durch gesellschaftliche Ausgrenzung und mangelnde Teilhabe. Die relative Einkommensarmut betrachtet Armut als dynamisches gesellschaftliches Phänomen, wobei sich Lebensweisen mit zunehmendem Wohlstand einer Gesellschaft verändern. Dadurch können neue Barrieren der Teilhabe entstehen.

Alleinerziehende, rund 90 % Frauen, sind mit 40 % die Gruppe in Sachsen-Anhalt, die am stärksten von Armut bedroht oder betroffen ist³. Im Vergleich der Haushaltstypen weisen sie die höchste Armutsgefährdungsquote auf⁴.



Jedes vierte Kind und **jede*r dritte junge Erwachsene** in Sachsen-Anhalt ist armutsgefährdet⁵. Zudem ist Sachsen-Anhalt das Bundesland mit der zweithöchsten Quote an Jugendlichen, die ohne den Hauptschulabschluss zu erwerben, die Schule beenden⁶. Damit geht ein erhöhtes Risiko für Arbeitslosigkeit und Armut einher.



Auch **die Ältesten** unserer Gesellschaft kämpfen mit der Armut. Im Osten liegt jede zweite Rente nach mindestens 40 Beitragsjahren unter 1.251 €⁹. Insbesondere ältere Menschen in Armut sind von Scham über ihre Situation und Vereinsamung betroffen. Wer nicht zuhause gepflegt werden kann, muss für die stationäre Pflege einen Eigenanteil in Höhe von im Schnitt 1.994 € im Monat im ersten Jahr aufwenden¹⁰. Tendenz steigend. Immer mehr **Bewohnende in Pflegeeinrichtungen** können die steigenden Eigenanteile nicht mehr aufbringen und sind gezwungen, Sozialleistungen in Anspruch zu nehmen.



Beunruhigend ist zudem die Situation von pflegenden Angehörigen. Die Pflege stellt für die zumeist weiblichen pflegenden Angehörigen eine physische, psychische und finanzielle Belastung ohne Absicherung dar.



Armut in Sachsen-Anhalt betrifft alle Altersgruppen

Armut in Kindheit und Jugend erhöht das Armutsrisiko im jungen Erwachsenenalter. Als weitere Risikofaktoren für Armut gelten die Merkmale Alleinverdiener*in, geringe Erwerbsbeteiligung und **weibliches Geschlecht**⁷. Das Risiko von Kindern in Armut zu leben, hängt auch unmittelbar mit ihrer Familie bzw. der Familienform zusammen, in der sie aufwachsen.

„Migration ist nicht die Ursache von Armut, sondern oft eine Folge von Armut. Es ist unsere Aufgabe, die strukturellen Ursachen von Armut anzugehen und faire Bedingungen für Menschen auf der Flucht oder auf der Suche nach besseren Lebensperspektiven zu schaffen.“

Mamad Mohamad

Landesnetzwerk Migrant*innenorganisationen
Sachsen-Anhalt (LAMSA) e. V.



Niedrige Arbeitnehmendenentgelte und Vermögenseinkommen führen dazu, dass in Sachsen-Anhalt nur 89 % des durchschnittlichen Bundesniveaus des verfügbaren Pro-Kopf-Einkommens in Höhe von 24.415 € erreicht wird. Zudem weist Sachsen-Anhalt für das Jahr 2022 die **zweithöchste Überschuldungsquote** im Vergleich der Bundesländer auf.



Personen mit Migrationsgeschichte sind häufiger armutsgefährdet als Personen ohne Migrationsgeschichte. Sie haben oft keinen oder nur einen erschwerten Zugang zu Gesundheitsleistungen, Bildungschancen sowie weniger Möglichkeiten der gesellschaftlichen oder beruflichen Teilhabe. Diskriminierung und Stigmatisierung aufgrund von Armut verstärkt die ohnehin zunehmende Ausgrenzung aufgrund ihrer (zuschriebenen) Herkunft.



Psychische Erkrankungen und Armut bedingen sich häufig gegenseitig. Die Zahl der **Menschen mit psychischen Erkrankungen** steigt seit zehn Jahren kontinuierlich an. Das Aufrechterhalten und die Wiederherstellung der Selbständigkeit als Grundlage für die Erwerbsfähigkeit und damit Armutsverhinderung müssen viel stärker in den Fokus rücken.

Vorschläge zur Armutsprävention und -bekämpfung in Sachen-Anhalt

Im Vorfeld der Gründung der Landesarmutskonferenz wurden Ideen zur Armutsprävention und -bekämpfung im Rahmen von „Denkgruppen“ mit zahlreichen zivilgesellschaftlichen Akteur*innen entwickelt.

Zu diesen Ideen möchten wir mit allen Beteiligten in den partnerschaftlichen Austausch gehen und gemeinsam die besten Lösungen finden.

Entwicklung einer übergreifenden Landesstrategie auf Basis von Daten und Fakten

Damit Armut wirksam bekämpft werden kann, braucht es strukturelle Lösungen, die generationenübergreifend vor Armut schützen beziehungsweise ihre Folgen abmildern. Da Armut in allen Lebensbereichen Auswirkungen hat, benötigt ihre Überwindung eine gemeinsame Kraftanstrengung aller Ebenen (Bundesebene, Landesebene, kommunale Ebene). Unser Vorschlag für eine ganzheitliche Herangehensweise ist eine breit aufgestellte Landesstrategie zur Armutsprävention und -bekämpfung, um die Weichen für mehr soziale Gerechtigkeit und soziale Sicherung in Sachsen-Anhalt zu stellen.

Die Ziele der **Landesstrategie zur Armutsprävention und -bekämpfung** müssen mit allen Beteiligten abgestimmt sein. Hierzu bedarf es eines breiten Beteiligungsprozesses mit Vertreter*innen der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege, Gewerkschaften, Verbänden, Vereinen, Initiativen, Selbstvertretungen von Armut betroffener Menschen, wissenschaftlichen Institutionen, Kommunen und politische Entscheidungsträger*innen aller Ebenen.

„Eine Landesstrategie muss den sozialen Zusammenhalt fördern, indem sie Ungleichheit und Ausgrenzung bekämpft. Eine sozial gerechtere Gesellschaft, in der jeder die Möglichkeit hat, sein volles Potenzial zu entfalten, stärkt das Vertrauen und die Solidarität zwischen den Menschen.“

Barbara Höckmann
AWO Landesverband Sachsen-Anhalt e. V.



Armuts- und Reichtums- Berichterstattung

Trotz der geschilderten prekären Umstände gibt es in Sachsen-Anhalt **keine aktuelle kontinuierliche Armuts- und Reichtumsberichterstattung**, welche die unterschiedlichen Facetten von Armut beschreibt, die Lebenslagen aller Altersgruppen geschlechtsspezifisch analysiert, die Armutsbetroffenheit transparent darstellt und die Einkommensverteilung offenlegt.

 Um Bedarfe von Menschen in Armutslagen zu erkennen, armutspolitische Handlungsbedarfe zu benennen und Lösungsansätze zu entwickeln, sind fundierte Kenntnisse über die im Land bestehenden Armutslagen erforderlich. Nur mit diesem Wissen und einem Konsens über die Fakten können Ziele und Maßnahmen abgeleitet und überprüft werden.

Der Prozess der Erstellung des Berichtes muss transparent begleitet werden. In einem dafür zu bildenden Gremium soll die Expertise zur Erarbeitung und Festlegung der Indikatoren zur Darstellung der gesellschaftlichen Hintergründe sowie von Armuts- und Reichtumsaspekten vereint werden. Im Ergebnis sollen Instrumentarien zur Vermeidung und Bekämpfung von Armut abgeleitet werden. Bereits vorhandene Instrumentarien werden hinsichtlich ihrer Wirksamkeit bewertet, Lücken erkannt und erforderliche Anpassungen herausgearbeitet.

Bestandteil des Armuts- und Reichtumsberichts muss ein sogenannter **Schattenbericht** sein, der Betroffene und Expert*innen gleichermaßen zu Wort kommen lässt.

 Ein Armutsschattenbericht wird von zivilgesellschaftlichen Organisationen oder Wissenschaftler*innen erstellt. Er bildet die tatsächlichen Bedingungen und Erfahrungen von Menschen in Armut ab, die in Statistiken nicht ausreichend erfasst werden. Armutsschattenberichte können qualitative Daten, persönliche Geschichten, Fallstudien und Analysen enthalten. Insgesamt wird darauf abgezielt, eine umfassendere und realitätsnahe Darstellung der Armutssituation zu liefern, um politische Maßnahmen zu beeinflussen und die Rechte von Menschen in Armut zu fördern.

Die Landesarmutskonferenz Sachsen-Anhalt wird ein Konzept für einen **Schattenbericht** erstellen

Daran anschließend besteht von Seiten der Landesregierung die Notwendigkeit, sich ressortübergreifend auf Basis dieser Erkenntnisse mit den politisch zu ziehenden Konsequenzen zu befassen und auf dieser Grundlage Maßnahmen zur Armutsprävention und Armutsbekämpfung zu beschließen.

Ziel ist ein entschlossenes und fundiertes Vorgehen zur Verbesserung der Lebenslagen der von Armut betroffenen und bedrohten Menschen in Sachsen-Anhalt, um kurz-, mittel- und langfristig Existenzen menschenwürdig zu sichern und gesellschaftliche Teilhabe zu gewährleisten.

„Armut muss wieder Einzug in den landespolitischen Diskurs finden.“

Martin Nowak
AWO Kreisverband Harz e. V.



Denkgruppe 1

„Soziale Gerechtigkeit und soziale Sicherung – in allen Lebenslagen“

„Etwa 200.000 Erwachsene in Sachsen-Anhalt können nicht ausreichend lesen und schreiben. Ihr Zugang zu Informationen und gesellschaftlicher Teilhabe ist stark eingeschränkt. Eine Analyse von Zugangshürden zu Hilfeleistungen in Sachsen-Anhalt – insbesondere sprachlicher Barrieren – ist deshalb ein notwendiger Schritt.“

Steffi Bühnemann

Fach- und Koordinierungsstelle Alphabetisierung
und Grundbildung Sachsen-Anhalt



Ausgangssituation und Folgen für die Betroffenen:

Das Sozialstaatsprinzip ist im Grundgesetz als Staatsziel verankert. Das bedeutet, dass die Herstellung sozialer Gerechtigkeit und sozialer Sicherheit Aufgabe des Staates ist.

bedarf erheblich erhöhen. Folgen der Zugangsbarrieren für Hilfesuchende und Leistungsberechtigte sind unter anderem kein oder verspäteter Leistungsbezug.

„Armut spaltet unsere Gesellschaft und nimmt betroffenen Menschen die Zukunft“

Kai-Gerrit Bädje
Tafel Sachsen-Anhalt e. V.



Das bundesdeutsche Sozialrecht umfasst inzwischen zwölf Bücher, die neben Grundsätzen (SGB I) und Verfahrensvorschriften (SGB XII) die unterschiedlichen Sachgebiete des Sozialrechts regeln. Sie dienen der Sicherung sozialer Risiken der Menschen in unserem Land.

Das System der staatlichen unterstützenden **Sozialleistungen** ist jedoch **kaum mehr durchschaubar**. Die Menschen erleben nicht selten Verschiebungen von Zuständigkeiten. Die bürokratischen Anforderungen sind vielfach zu hoch und stellen reale Hürden zum sozialen Sicherungssystem dar.

Daneben wird den Menschen der Zugang durch weitere Barrieren erschwert, u. a.:

- **Mängel bei der Erreichbarkeit von Behörden,**
- **fehlende Informationen und fehlende behördliche Beratung zu Leistungsansprüchen,**
- **sprachliche Barrieren.**

Das hat existentielle Folgen für diejenigen, die Hilfe und Unterstützung, auf die sie ein Recht haben, dringend brauchen und suchen. Dies erst recht vor dem Hintergrund der anwachsenden Armutsgefährdung aufgrund von Preissteigerungen und Inflation, die den Beratungs- und Unterstützungs-

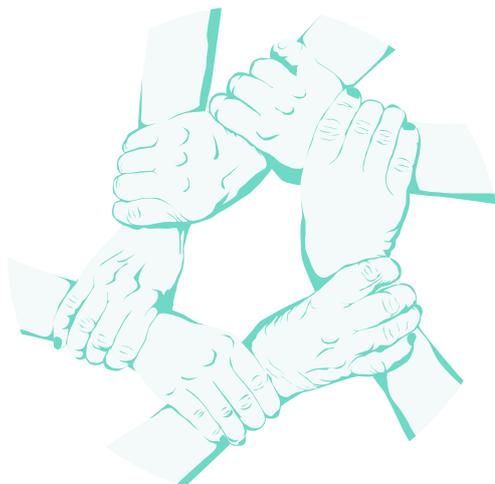
Ältere Menschen, Alleinerziehende, Menschen mit Beeinträchtigungen, Menschen mit geringer Lese- und Schreibfähigkeit und Menschen mit Migrationsgeschichte sind von diesen Hemmnissen besonders betroffen. Auch Menschen mit psychischen Erkrankungen sind im besonderen Maße auf direkte persönliche Gesprächskontakte angewiesen. Eine Konsequenz der fehlenden persönlichen Kontakte ist, dass sie gar nicht erst im Hilfesystem ankommen, mit der Folge, dass sich ihre Aussichten auf Teilhabe erheblich verschlechtern.

Der Staat hat die Pflicht, die den Menschen zustehenden Leistungen verständlich zu kommunizieren, umfassend zu informieren und zu beraten (§ 13 ff. SGB I).

Die Menschen benötigen eine verlässliche, **kompetente und niedrigschwellige Beratung** und Unterstützung bei der Inanspruchnahme und Durchsetzung ihrer Rechtsansprüche.

Vorschläge der Denkgruppe 1:

-  **Sicherstellung des Zugangs zu Sozialleistungen durch den systematischen Abbau der Zugangshürden, Sicherstellung der psychosozialen Beratungsangebote (Schwangerschafts-, Sucht-, Schulden- und Insolvenz-, Migrationsberatung etc.) und Einstieg in eine unabhängige allgemeine Sozialberatung:**



▪ **Analyse der Zugangshürden in Sachsen-Anhalt**

▪ **Auf dieser Basis Entwicklung von Qualitätsstandards für Behörden:**

- leichte Sprache (Nutzung der Kenntnisse der Landesinitiative für Alphabetisierung und Grundbildung)
- nutzerfreundliche Öffnungszeiten
- persönliche Beratung
- mobile Beratung / Außenstellen im ländlichen Raum
- interkulturelle Kompetenzen
- Mehrsprachigkeit
- Vermeidung von Stigmatisierung

▪ **Einführung der kostenfreien Nutzung von Telefon-/Videodolmetschen für den gesamten öffentlichen Sektor, Sozial- und Gesundheitsdienst, vgl. Landesprogramm Dolmetschen Thüringen**

▪ **Vereinfachung des Leistungsgeflechts aus Grundsicherung, Mehrbedarfzuschlag, Kinderzuschlag, Wohngeld, Unterhaltsvorschuss etc.**

▪ **Als Sofortmaßnahme stufenweiser Einstieg in die unabhängige allgemeine Sozialberatung zur Kompensation der aktuellen Zugangshürden.**

Denkgruppe 2

„Verhinderung von gesamtgesellschaftlicher Benachteiligung: gleiche Teilhabechancen für alle Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene“

„Armut in unserer Gesellschaft betrifft alle Altersgruppen unmittelbar. Doch gerade junge Menschen sind besonders betroffen. Junge Menschen sind unsere Zukunft und sollten somit in allen ihren Bereichen, wie beispielsweise Kita, Schule und Freizeit, unterstützt werden.

Jeder in unserer Gesellschaft braucht ein sicheres und chancengleiches Aufwachsen. Dieses muss dazu führen, dass auch selbstbestimmt die Zukunft in die Hand genommen werden kann, ohne auf den Geldbeutel zu achten.

Besonders in der Freizeitgestaltung und in der Wahl der Ausbildung, Studium oder eines freiwilligen Engagements kann momentan keine freie Entscheidung getroffen werden.

Unser Ziel muss es sein, dass junge Menschen in Sachsen-Anhalt ohne Armut aufwachsen.“

René Thomé
Kinder- und Jugendring
Sachsen-Anhalt e. V.



Ausgangssituation und Folgen für die Betroffenen:

Jedes vierte Kind und jeder dritte junge Erwachsene lebt in Sachsen-Anhalt in Armut oder ist armutsgefährdet. Das bedeutet, dass wenig Geld beispielsweise für gesundes Essen, Bildung, Hobbys und Urlaub zur Verfügung steht und das Kind, der Jugendliche und junge Erwachsene möglicherweise in einem beengten Wohnumfeld lebt. Die Folgen von Armut sind komplex und stehen vielfach in einem engen Zusammenhang. Deshalb sind frühzeitige Präventionsstrategien unentbehrlich.

Armutsbetroffene und armutsgefährdete Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene weisen häufiger Entwicklungsverzögerungen auf. Strukturelle Diskriminierung führt zu Ausgrenzung und geringer

gesellschaftlicher Teilhabe bis hin zur Stigmatisierung, Ghettoisierung und Radikalisierung. Je länger Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene in Armut leben, desto negativer sind ihre Entwicklungs- und Bildungschancen.

Sachsen-Anhalt als Bundesland mit der ältesten Bevölkerung muss um jeden Kopf kämpfen.

Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene nicht ausreichend zu fördern, bedeutet, nicht in die Zukunft zu investieren und Kindern und Jugendlichen ihrer Zukunftschancen zu berauben.

„Wenn Kinderarmut wirksam bekämpft werden soll, muss man zuerst den Eltern eine echte Chance geben. Wir als Kinderschutzbund können nur Symptome lindern.“

Dr. Angelika Klein
Der Kinderschutzbund
Mansfeld-Südharz e. V.



„Das Deutsche Rote Kreuz Sachsen-Anhalt möchte im Sinne der Rot-Kreuz-Grundsätze Bedingungen schaffen, die allen Menschen ein existentiell gesichertes und gesundes Leben ermöglichen. Soziale Ausgrenzung muss verhindert werden. Dafür setzen wir uns ein.“

Katja Fischer
Deutsches Rotes Kreuz
Landesverband Sachsen-Anhalt e. V.



Vorschläge der Denkgruppe 2:

 Die Landesregierung hat sich verpflichtet, allen Menschen die Chance auf ein gutes Leben in Sachsen-Anhalt zu ermöglichen und Armut zu bekämpfen.

Eine zu entwickelnde Landesstrategie zur Armutsprävention und -bekämpfung in Bezug auf Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene braucht deshalb folgende Elemente:
(siehe Auflistung gegenüberliegende Seite)

Auszug aus dem Koalitionsvertrag Sachsen-Anhalt¹¹:

Wir gestalten Sachsen-Anhalt. Stark. Modern. Krisenfest. Gerecht

Füreinander da sein – Soziales, Kinder, Jugend, Familie und Sport

Die Koalitionspartner werden eine aktivierende und vorsorgende Sozialpolitik betreiben, in der die Menschen im Mittelpunkt stehen. Dabei ist es wichtig, dass alle Menschen die Chance auf ein gutes Leben erhalten, egal ob jung oder alt und ob sie im städtischen oder ländlichen Raum zu Hause sind. Soziale Sicherheit, Unterstützung in jeder Lebensphase und sozialer Zusammenhalt im Miteinander der Generationen machen eine Gesellschaft lebenswert. Die Pandemie hat gezeigt, wie wichtig es ist, vor allem in Krisenzeiten füreinander da zu sein.

(...)

Wir bekämpfen Armut – insbesondere von Kindern, Jugendlichen und Familien. Wir werden die vorhandenen Ressourcen vorrangig bei Alleinerziehenden, Erwerbslosen, Menschen mit Behinderungen, Menschen mit Migrationshintergrund oder Familien mit drei oder mehr Kindern einsetzen, um den größten Risiken entgegenzuwirken.



<ul style="list-style-type: none"> ▪ Aufnahme der Kinderrechte in die Landesverfassung zur Sicherstellung der Anhörungsrechte für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene 	<p>Orientieren“ (BRAFO) verbindlich auch für Gymnasien einführen); Einführung von Praxistagen in den Betrieben (praxisintegrierter Unterricht)</p>
<ul style="list-style-type: none"> ▪ Schaffung eines Landesprogramms für kommunale Präventionsketten sowie frühe Förderung von gefährdeten Familien 	<ul style="list-style-type: none"> - Programme zur Vorbeugung von Ausbildungsabbrüchen - Freiwilligendienste stärken, durch beispielsweise existenzsicherndes Taschengeld; besserer Zugang zu Wohngeld
<ul style="list-style-type: none"> ▪ Qualitativer Ausbau der Ganztagsförderung 	<ul style="list-style-type: none"> - Übergangsmanagement zwischen Schule und Beruf
<ul style="list-style-type: none"> ▪ Bedarfsgerechte Förderung der Kinder- und Jugendarbeit 	
<ul style="list-style-type: none"> ▪ ausreichende Bildungsangebote und Armutssensibilität in Kita und Schule erhöhen <ul style="list-style-type: none"> - Lehr- und Lernmittelfreiheit (kein Kopiergeld, keine Leihgebühren) - Etablierung und Sicherung von flächendeckender Schul- sowie Kita-Sozialarbeit, z. B. durch Schaffung eines Landesprogramms - Kostenfreie gesunde Ernährung und Trinkbrunnen in Tageseinrichtungen für Kinder und Schulen 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Teilhabe stärken durch Verbesserung der Mobilität: <ul style="list-style-type: none"> - Kostenloser ÖPNV für junge Menschen ermöglichen - Verbesserung der Taktung von Bus und Bahn und einem sicheren Radverkehr, durch die Förderung des Aus- und Umbaus von Radwegen - Mobile Beratung im ländlichen Bereich
<ul style="list-style-type: none"> ▪ Stärkung der Kinder- und Jugendbeteiligung durch: <ul style="list-style-type: none"> - Anerkennung und Stärkung von flächendeckenden Strukturen, die eine Beteiligung von Kindern und Jugendlichen gewährleisten (Jugendverbände und Jugendringe als ihre Zusammenschlüsse) - Beteiligungsformate armutssensibel gestalten 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Das Land wird zudem aufgefordert, sich auf Bundesebene einzusetzen für: <ul style="list-style-type: none"> - die Aufnahme der Kinderrechte in das Grundgesetz zur Sicherstellung der Anhörungsrechte für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene - die Einführung einer Kindergrundsicherung, die ihren Namen verdient und jedem Kind gleiche Chancen ermöglicht¹², - Erhöhung der BAföG-Bedarfssätze (Deckung des Existenzminimums); Förderung als Vollzuschuss; Verbesserung der Reichweite durch Anpassung der Freibeträge; Bezugsdauer an Lebensrealität der Studierenden anpassen¹³ - Steuerrechtliche Berücksichtigung der besonderen Lebenssituation Alleinerziehender - Forschung zum Thema Kindesunterhalt
<ul style="list-style-type: none"> ▪ Ausbildungsbedingungen verbessern: <ul style="list-style-type: none"> - Durchgehende Ausbildungsvergütung schulischer Ausbildungen existenzsichernd gestalten und Schulgeld abschaffen - Berufs- und Studienorientierung an allen Schulformen zielgruppenorientiert stärken (umfassende Orientierungsangebote sowie Verweisberatung an Schulen; Informationen zu Finanzierungsmöglichkeiten, wie etwa dem BAföG, der Berufsausbildungsbeihilfe (BAB) oder mögliche Stipendien an Schulen; das landesweite Berufsorientierungskonzept „Berufswahl Richtig Angehen Frühzeitig 	

Denkgruppe 3

„Einkommen muss zum Leben reichen – Arm im Alter: eine Folge instabiler Einkommensbiografien in Sachsen-Anhalt“

„Alter ist eines der am schnellsten wachsenden Armutsrisiken. Zur Vermeidung und Bekämpfung von Altersarmut ist eine umfassende Präventionsstrategie gegen Beitragslücken und nicht ausreichende Beitragszahlungen in der gesetzlichen Rentenversicherung notwendig. Lebensstandardsichernde Renten, höhere und existenzsichernde Erwerbsminderungsrenten sowie soziale Hilfen, die die besonderen Lebensumstände älterer Menschen berücksichtigen, müssen das Ziel sein.“

Antje Ludwig

Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband-
Landesverband Sachsen-Anhalt e. V.



„Gute Arbeit und gute Löhne sind ein wirksamer Schutz vor Armut. Damit möglichst viele Menschen von guten Arbeitsbedingungen profitieren, bedarf es einer qualitativen Aufwertung von Arbeit durch die Ausweitung von Tarifverträgen und betrieblicher Mitbestimmung und die entschiedene Zurückdrängung von Niedriglöhnen und prekären Beschäftigungsformen. Notwendig ist zudem eine Arbeitsmarktpolitik, die den Beschäftigten Sicherheit und Perspektiven bietet, die Teilhabe an Arbeit, gesellschaftlichem und sozialem Leben gewährleistet sowie Abstieg und Armut verhindert.“

Martin Mandel

DGB Sachsen-Anhalt



Ausgangssituation und Folgen für die Betroffenen:

Prekäre Beschäftigungsverhältnisse, viel Teilzeitbeschäftigung, geringe Löhne und mangelnde Möglichkeiten zur Teilhabe am oder zur Integration ins Arbeitsleben in Sachsen-Anhalt führen dazu, dass die Einkommen in Sachsen-Anhalt weiterhin im Bundesvergleich gering sind. Darüber hinaus werden wichtige, die Gesellschaft stützende Arbeitsleistungen finanziell nicht anerkannt (z. B. Pflege von Angehörigen, Erziehung, Kinderbetreuung). Als unmittelbare Folge erleben wir den Anstieg der Altersarmut.

Hinzu kommt, dass auch Sozialleistungen zu gering sind, um sich vor Armut zu schützen. Häufig ist bereits im frühen Alter der Weg in die Armutsgefährdung erkennbar.

Fakten, Fakten, Fakten:

- **Jede*r dritte Vollzeitbeschäftigte in Sachsen-Anhalt arbeitet im Niedriglohnbereich.**¹⁴
- **Sachsen-Anhalt ist im Schuljahr 2020/2021 das Bundesland mit der höchsten Quote von Schüler*innen, die die Schullaufbahn ohne Hauptschulabschluss beenden (9,4 %).**¹⁵ **Damit steigt das Risiko auf prekären Beschäftigungsverhältnissen.**
- **Die Quote der von der Mindestloohnerhöhung betroffenen Jobs war in Sachsen-Anhalt mit 18,6 % bundesweit am höchsten.**¹⁶
- **Rund 30 % der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten arbeiten in Teilzeit, davon sind rund 79 % weiblich.**¹⁷
- **Die Arbeitslosenquote in Sachsen-Anhalt liegt derzeit bei 7,5 %.**¹⁸
- **Insgesamt lebten nach ersten Ergebnissen des Mikrozensus 2021 rund 278.000 Familien in Sachsen-Anhalt. Der Anteil alleinerziehender Elternteile stieg seit 2010 von 27 % auf mittler-**

weile 30 % im Jahr 2021 an. Alleinerziehende haben in Bezug auf die Erwerbs- und Haushaltsmerkmale das zweihöchste Armutsgefährdungsrisiko.¹⁹

- **Jede zweite Rente liegt unter der Armutsgefährdungsgrenze, fast 130.000 Rentner*innen sind betroffen.**²⁰
- **Das Armutsrisiko der Menschen, die Erwerbsminderungsrente beziehen, liegt deutschlandweit fast doppelt so hoch wie für die gesamte Bevölkerung.**²¹
- **In Sachsen-Anhalt sind ca. 110.000 Menschen im Sinne des SGB XI pflegebedürftig. Zwei von drei werden zu Hause von ihren Angehörigen versorgt.**²²
- **2026 werden 36 % der Bewohner*innen in vollstationären Pflegeeinrichtungen auf Hilfe zur Pflege angewiesen sein – Tendenz steigend.**²³

Die Folgen von Altersarmut für die Betroffenen sind Vereinsamung, Scham und Perspektivlosigkeit, da die Möglichkeiten, der Armut durch Erwerbsarbeit zu entfliehen, begrenzt sind. Viele ältere Menschen reagieren mit Rückzug auf ihre Situation. Immer mehr pflegebedürftige Menschen geraten aufgrund der steigenden Eigenanteile in existentielle Nöte. Weil die Rente für die Eigenanteile in der stationären Pflege nicht mehr reicht, steigt die Zahl der Inanspruchnahmen von Sozialhilfeleistungen. Insbesondere Frauen sind hiervon betroffen. Sie leisten einen Großteil gesellschaftlicher Care-Arbeit. Daraus resultierende Familienbeziehungsweise Pflegezeiten oder Teilzeiteinkommen verstärken das Risiko der Verarmung im Rentenalter.

Vorschläge der Denkgruppe 3:

 Zur Bekämpfung von Altersarmut braucht es Gegensteuerungs- und Stabilisierungsmaßnahmen entlang der gesamten Lebens- und Erwerbsbiographie der Menschen durch eine Verbesserung der Präventions- und Unterstützungsstrukturen während des gesamten Bildungsweges und Arbeitslebens. Vor allem die Begleitung an Übergängen im Bildungs- und Ausbildungssystem muss in den Fokus genommen werden.

Das finanzielle Einkommen der Menschen aus Erwerbsarbeit muss mindestens armutsfest sein und eine umfassende Teilhabe ermöglichen. Dazu braucht es in erster Linie höhere Löhne. Die staatlichen Leistungen müssen kontinuierlich an die steigenden Lebenshaltungskosten angepasst werden. Dabei müssen Möglichkeiten zur Teilhabe am Arbeitsmarkt verbessert werden und bisher unzureichend anerkannte Arbeitsleistungen finanzielle Unterstützung erfahren.

Um Altersarmut zu bekämpfen, braucht es eine strukturierte übergreifende Auseinandersetzung aller Akteur*innen (Politik, Gewerkschaften, Bund, Land, Kommunen, Freie Wohlfahrtspflege, Selbstvertretungen, Wirtschaft, Wissenschaft, Jobcenter, Wohnungswirtschaft, Personennahverkehrsgesellschaften, Bildungsträger, Tafeln, u. a.). Bekämpfung von Altersarmut ist eine Querschnittsaufgabe und kann nur gemeinsam erfolgreich sein. Deshalb soll im Rahmen der Landesarmutskonferenz ein Dialogprozess etabliert werden, der sich eingehend mit der landesbezogenen Analyse der Entstehung von Altersarmut auseinandersetzt, vorliegende konkrete Lösungsansätze bewertet und gemeinsame Aktionspläne entwickelt.



Übersicht der gemeinsam zu bearbeitenden Themen:

▪ Bildung

- Unterstützungsstrukturen an Bildungsübergängen
- Lebenslange Bildung
- Qualifizierung im Arbeitsleben und zur Integration in den Arbeitsmarkt (z. B. Umsetzung der Weiterbildungsmaßnahmen durch Bürgergeldgesetz)

▪ Arbeit

- Tarifbindung und -entwicklung
- Mindestlohn
- Gesundheitsprävention
- Absicherung vor Arbeitslosigkeit
- Bürgerversicherung
- Sensibilisierung der Arbeitswelt für psychisch kranke Menschen (Prävention, Job-Coaching, Rehabilitation und Nachsorge, Arbeitgeberunterstützung)

▪ Sorgearbeit

- Finanzielle Anerkennung von Sorgearbeit (Pflege und Erziehung)
- Bedarfe Alleinerziehender
- Teilzeitfalle, Mini-/Midijobs

▪ Wohnen und Teilhabe

- Sozialer Wohnungsbau
- Mietpreisfestschreibung
- Quartiersmanagement
- Förderung von Ehrenamtsstrukturen
- Ausbau des ÖPNV und Kostenfreiheit

▪ Rente

- Reform Renten- und Steuersystem
- Mindestrente
- DDR-Renten
- Rentenansprüche der in der DDR geschiedenen Frauen

▪ Pflege

- Gedeckelte Pflegekosten
- Investitionskostenübernahme
- Ausbildungskosten

Quellenverzeichnis

- 1  **Statistisches Landesamt Nordrhein-Westfalen (2019): Relative Einkommensarmut.**
Unter: <https://www.statistikportal.de/sites/default/files/2019-10/Relative%20Einkommensarmut.pdf>
zuletzt zugegriffen am: 31.08.2023

- 2 **Pieper, Jonas; Schneider, Ulrich; Schröder, Wiebke; Stilling, Gwendolyn (2023):**
Armutsbericht 2022 (aktualisierte 2. Auflage, März 2023), DER PARITÄTISCHE Gesamtverband (Hrsg.), S.31

- 3 **vgl. Ergebnisse der AWO-ISS Langzeitstudie zu (Langzeit-)Folgen von Armut im Lebensverlauf**

- 4  **Open Data Portal – Armutsgefährdungsquote von Personen in Alleinerziehenden-Haushalten**
<https://www.bmfsfj.de/>

- 5  **Armutsgefährdungsquote nach Sozialleistungen nach Haushaltstyp – Statistisches Bundesamt**
https://www.destatis.de/DE/Home/_inhalt.html

- 6  **Statistische Ämter des Bundes und der Länder (Hrsg.) (2023): Armutsgefährdungsquoten, Bundesländer nach soziodemografischen Merkmalen (Bundesmedian) ab 2020.**
Unter: <https://www.statistikportal.de/de/sbe/ergebnisse/einkommen-armutsgefaehrung-und-soziale-lebensbedingungen/armutsgefaehrung-und-4>
zuletzt zugegriffen am: 29.08.2023

- 9 **Klemm, Klaus (2023): Jugendliche ohne Hauptschulabschluss. Demographische Verknappung und qualifikatorische Vergeudung. Bertelsmann Stiftung (Hrsg.).**

- 10  **MdBs Pellmann, Sören, Dr. Bartsch, Dietmar et al. (2022): Antrag: 32 Jahre Deutsche Einheit – Schutzschirm gegen Inflation und Armut spannen, Lohn- und Renteneinheit herstellen. Deutscher Bundestag, Drucksache 20/3791 vom 30.09.2022, S. 2.**
Unter: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/037/2003791.pdf>
zuletzt zugegriffen am: 01.09.2023

- 7  **Verband der Ersatzkassen (2023): Finanzielle Belastung der Pflegebedürftigen in Pflegeheimen steigt kontinuierlich. Pressemitteilung: Berlin, 18.07.2023.**
Unter: <https://www.vdek.com/presse/pressemitteilungen/2023/pflegeheim-finanzielle-belastung-steigt-kontinuierlich.html>
zuletzt zugegriffen am: 29.08.2023

- 8 **Creditreform Wirtschaftsforschung (Hrsg.) (2022): SchuldnerAtlas Deutschland 2022. Überschuldung von Verbrauchern. Neuss. S. 29**

- 11 **Legislaturperiode 2021–2026**

- 12 **Bündnis Kindergrundsicherung (2023): Konzept Kindergrundsicherung. Kinder brauchen mehr! Unser Vorschlag für eine Kindergrundsicherung.**

- 13 **Schabram, Greta; Dr. Aust, Andreas; Dr. Rock, Joachim (Der Paritätische) (2022): Armut von Studierenden in Deutschland. Aktuelle empirische Befunde zu einer**

14 **Antwort der Bundesregierung auf KA. Drucksache 20/3209 vom 29.08.2022. S. 33/Tab.6.**

15 **Destatis, Absolventen und Abgänger: Bundesländer, Schuljahr, Geschlecht, Schulart, Schulabschlüsse 2020/2021.**



Unter: <https://www-genesis.destatis.de/genesis/online?language=de&sequenz=tabelleErgebnis&selectionname=21111-0013#abreadcrumb>
zuletzt aufgerufen am: 28.08.2023

16 **Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt (2023): Pressemeldung vom 01.06.2023, Nr. 157/2023**

17 **Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt (2022): Statistisches Jahrbuch Sachsen-Anhalt 2022, S. 241**

18 **Statistik der Bundesagentur für Arbeit: Statistiken nach Regionen. Bund, Länder und Kreise. Sachsen-Anhalt, Arbeitslosenquote, Juli 2023.**



Unter: https://statistik.arbeitsagentur.de/Auswahl/raeumlicher-Geltungsbereich/Politische-Gebietsstruktur/Bundeslaender/Sachsen-Anhalt.html;jsessionid=1F5955342ADFA56FD1B0B3FEB52E379B?nn=25856&year_month=202307
zuletzt aufgerufen am: 28.08.2023

19 **Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt (2022): Statistisches Jahrbuch Sachsen-Anhalt 2022, S. 135; Bäcker, Gerhard; Kistler, Ernst (2021): Armutsrisiken besonders betroffener Personengruppen. Bundeszentrale für politische Bildung. Bundeszentrale für politische Bildung, Armutsrisiken besonders betroffene Personengruppen 2021**

20 **Altersarmut stieg deutschlandweit von 2020 bis 2021 von 16,3 auf 17,6 Prozent (insgesamt ab 65 Jahre); die Armutsquote unter Rentner*innen und Pensionär*innen liegt bei 18,2 % (vgl. Pieper, Jonas; Schneider, Ulrich; Schröder, Wiebke; Stilling, Gwendolyn (2023): Armutsbericht 2022 (aktualisierte 2. Auflage, März 2023), DER PARITÄTISCHE Gesamtverband (Hrsg.), S.10)**

21 **Becker, Sebastian; Gehlen, Annica; Geyer, Johannes; Haan, Peter (2023): Reform der Erwerbsminderungsrente senkt Armutsrisiko, kommt aber spät. DIW Wochenbericht 17/2023, S. 191. Landesportal Sachsen-Anhalt (2023): Angebote zur Unterstützung in der Pflege/ Selbsthilfe. Pflegebedürftige & Angehörige.**

22 **Landesportal Sachsen-Anhalt (2023): Angebote zur Unterstützung in der Pflege/ Selbsthilfe. Pflegebedürftige & Angehörige.**



Unter: <https://pflege.sachsen-anhalt.de/angebote-zur-unterstuetzung-in-der-pflege-selbsthilfe/pflegebeduerftige-angehoerige>
zuletzt zugegriffen am: 01.09.2023

23 **Prof. Dr. Rothgang, Heinz; Heinze, Franziska; Dipl.-Geront. Kalwitzki, Thomas; Wagner, Christian (2023): Hilfe zur Pflege in Pflegeheimen – Zukünftige Entwicklung unter Berücksichtigung der aktuellen Reformmaßnahmen. Aktualisierung einer Expertise im Auftrag der DAK-Gesundheit. S. 30**



**Bei Fragen oder wenn Sie
der LAK beitreten möchten:**

Kontakt Organisationsteam
team@armutskonferenz.org





Liste der Gründungsmitglieder (Stand: 16.10.2023):

- Arbeit und Leben Sachsen-Anhalt gGmbH
- AWO Kreisverband Altmark e. V.
- AWO Kreisverband Harz e. V.
- AWO Kreisverband Magdeburg e. V.
- AWO Kreisverband Mansfeld Südharz e. V.
- AWO Kreisverband Salzland e. V.
- AWO Kreisverband Wittenberg e. V.
- AWO Landesverband Sachsen-Anhalt e. V.
- AWO Regionalverband Halle-Merseburg e. V.
- Benvivo gGmbH
- Der Kinderschutzbund Landesverband Sachsen-Anhalt e. V.
- Der Kinderschutzbund Mansfeld-Südharz
- Der PARITÄTISCHE Landesverband Sachsen-Anhalt e. V.
- Deutscher Gewerkschaftsbund Sachsen-Anhalt
- Deutsches Rotes Kreuz Landesverband Sachsen-Anhalt e. V.
- Fach- und Koordinierungsstelle Alphabetisierung und Grundbildung Sachsen-Anhalt
- Hochschule Magdeburg-Stendal, Fachgruppe Soziale Arbeit
- Jugendwerk Rolandmühle gGmbH
- Kinder stärken e. V.
- Kinder- und Jugendring Sachsen-Anhalt e. V.
- Landesarbeitsgemeinschaft Werkstattträte
- Landesarbeitsgemeinschaft Frauenbeauftragte Sachsen-Anhalt
- LAMSA e. V.
- Landesfrauenrat Sachsen-Anhalt e. V.
- Landesjugendwerk der AWO Sachsen-Anhalt e. V.
- Netzwerk gegen Kinderarmut
- Sachsen-Anhaltische Krebsgesellschaft e. V.
- Tafel Sachsen-Anhalt e. V.
- Werkstattträt Pfeiffersche Stiftungen



Organisationsteam



Landesverband
Sachsen-Anhalt e. V.



DRK Landesverband
Sachsen-Anhalt e. V.